

Koalitionsvertrag 2025–2028 zwischen der CDU/ CSU und SPD:

Bewertung des
Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)



**MACH
DICH
STARK**
MIT UNS

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD enthält wichtige Signale für eine leistungsfähige Infrastruktur, mehr Tarifbindung und stabile Renten. Er bietet Perspektiven für die Beschäftigten und für Wachstum in unserem Land!

Der Anspruch der Regierungsparteien, das „**Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft**“ zu erneuern, ist richtig. Wir teilen das Bekenntnis, dass eine **starke Sozialpartnerschaft** Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs ist und dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine entscheidende Stärke sind, um den Standort Deutschland nach vorne zu bringen.

Dieses Grundverständnis ist deutlich positiver als die Vorschläge aus der neoliberalen Mottenkiste, die in den vergangenen Monaten insbesondere von Arbeitgeberverbänden gemacht wurden – wie etwa die Forderung nach Streichung eines Feiertags. Denn es kann nicht oft genug betont werden: Die Beschäftigten in Deutschland sind fleißig und leistungsbereit. Sie trifft keine Schuld an der aktuellen Situation.

Der DGB begrüßt das klare Bekenntnis der Bundesregierung, die **Demokratie gegen Rechtsextremismus zu verteidigen und den Diskriminierungsschutz zu stärken**. Eine effektive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus darf allerdings nicht nur die Aufgabe der Sicherheitsbehörden sein, sondern sollte durch einen Ausbau von demokratiestärkenden Projekten und der Förderung demokratischer zivilgesellschaftlicher Strukturen ergänzt werden.

Sobald die neue Regierung im Amt ist, muss sie die notwendigen Schritte schnell und entschlossen umsetzen. Darauf zu verweisen, dass viele der genannten Maßnahmen unter **Finanzierungsvorbehalt** stehen, wird der aktuellen Situation nicht gerecht. Wir werden auf die schnelle Umsetzung wichtiger Maßnahmen vor allem zur Ankurbelung der Konjunktur drängen und uns weiterhin für die Rechte der Beschäftigten und die Sicherung unseres Sozialstaates einsetzen.



Die Bundesregierung will mit dem **Bundestariftreuegesetz** die Tarifbindung stärken und Tarifverträge wieder stärker in den Mittelpunkt des Arbeitsmarkts rücken. **Öffentliche Aufträge sollen künftig nur noch an Unternehmen vergeben werden, die sich an geltende Tarifverträge halten** – das ist besonders im Niedriglohnbereich ein wichtiges Signal. Dieses Vorhaben ist richtig und überfällig. **Es kann helfen, faire Löhne zu sichern und gute Arbeitsbedingungen durchzusetzen.** Je niedriger der **Schwellenwert** für die Auftragsvergabe angesetzt wird, umso besser wäre es. Der Staat nimmt seine Vorbildfunktion endlich ernst und setzt wichtige Impulse für mehr Tarifbindung. Problematisch ist, dass Nachweispflichten und Kontrollen auf ein „absolutes Minimum“ reduziert werden sollen. Wir werden bei der Gesetzgebung darauf achten, dass die wirksame Durchsetzung der Tariftreue dadurch nicht unterlaufen wird. Was fehlt, ist die Kopplung staatlicher Fördermittel an die Tarifbindung sowie ein klares Bekenntnis zur

Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

Sehr gut ist die geplante **steuerliche Förderung der Gewerkschaftsmitgliedschaft** – das macht die Organisation in Gewerkschaften noch attraktiver und ist eine angemessene Anerkennung gewerkschaftlichen Engagements für die Gesellschaft.

Die Pläne der Koalition, das **Arbeitszeitgesetz zu lockern und den Acht-Stunden-Tag, eine Errungenschaft für gesundes Arbeiten, abzuschaffen, kritisieren wir scharf**. Natürlich unterstützen wir das Ziel, Familie und Beruf besser zu vereinbaren – aber dafür braucht es keine längeren Arbeitstage. Im Gegenteil: Raus aus dem Hamsterrad! Viele Beschäftigte arbeiten schon jetzt am Limit. Wenn in Zukunft bis zu 13 Stunden am Tag gearbeitet werden kann, steigt das Risiko für Unfälle und gesundheitliche Probleme deutlich.

Das Arbeitszeitgesetz schützt die Gesundheit der Beschäftigten und darf nicht aufgeweicht werden.

Für echte Vereinbarkeit braucht es verlässliche Arbeitszeiten, die zum Leben passen – mit genug Zeit für Erholung, Familie und Pflege. Wir erwarten von der Politik, dass sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse ernst nimmt und mit den Sozialpartnern gemeinsam an guten, fairen Lösungen arbeitet – und nicht Regelungen verfolgt, die zulasten der Beschäftigten gehen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht bleibt das Ziel der besseren **Erwerbsbeteiligung von Frauen** deutlich hinter dem Bedarf zurück. **Zwar wird das Problem erkannt, gerade mit Blick auf den Fachkräftemangel.** Es fehlen aber wichtige und wirksame Maßnahmen. Ein Prüfauftrag für ein Familienbudget reicht nicht – gebraucht werden verlässliche Kinderbetreuung, Unterstützung bei Pflege und gute, sichere Jobs. Auch beim Thema **Befristungen** sehen wir großen Handlungsbedarf. **Besonders betroffen sind junge Menschen, Frauen in Teilzeit und Menschen mit Migrationshintergrund.** Das schafft Unsicherheit und erschwert die Lebensplanung. Wir fordern weniger Befristungsmöglichkeiten und stabile Arbeitsverhältnisse für alle.

Die neue Regierung bekennt sich dazu, dass Deutschland **qualifizierte Einwanderung** benötigt. Allerdings setzt der Koalitionsvertrag an anderen Stellen falsche Signale, die einer Willkommenskultur widersprechen und Deutschland als Einwanderungsland unattraktiv machen – wie etwa die Abschaffung der Option auf vorzeitige Einbürgerung nach drei Jahren. Die geplanten **Verschärfungen in der Migrationspolitik**, wie die **temporäre Aussetzung des Familiennachzugs**, oder die **Abschiebung von Geflüchteten in Krisengebiete**, sind aus Sicht des DGB mit dem Anspruch eines auf Menschenrechte und Humanität verpflichteten Landes nur schwer vereinbar. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte **digitale Agentur für Fachkräfteeinwanderung** und die Beschleunigung von Verfahren sind geeignete Maßnahmen, damit Berufsabschlüsse von ausländischen Fachkräften deutlich öfter und schneller anerkannt werden.

Die Pläne zum **Mindestlohn** bewerten wir grundsätzlich positiv. Der Koalitionsvertrag setzt ein starkes politisches Signal mit der Nennung des **Zielwerts von 15 Euro** für den Mindestlohn. Auch wenn die Entscheidung über die Höhe des Mindestlohns bei der Mindestlohnkommission liegt, ist dies politisch ein wichtiges Zeichen. Ein höherer Mindestlohn stärkt die Kaufkraft erheblich und trägt zur Stabilisierung der Konjunktur bei. Für den DGB ist klar: Der Mindestlohn muss künftig armutsfest sein – das heißt, dass wir eine spürbare Anhebung brauchen. Die Koalitionäre haben auch vereinbart, dass sich der Mindestlohn in Zukunft an **60 Prozent des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten orientieren soll**; dies ist ein wichtiger Wegweiser für die Debatten in der Mindestlohnkommission. Wichtig ist zudem, dass Union und SPD **keine Ausnahmen** vom Mindestlohn für bestimmte Beschäftigtengruppen vorsehen. Dies ist ein Erfolg, der die Rechte von Beschäftigten stärkt und weitere Ungleichbehandlung verhindert.

Es ist sehr zu begrüßen, dass die Koalition die **Mitbestimmung** weiter stärken möchte. Das **digitale Zugangsrecht für Gewerkschaften in den Betrieben** soll endlich kommen.

Die Qualität der **beruflichen Bildung** in Deutschland wird durch den Koalitionsvertrag betont. Wir begrüßen, dass die neue Bundesregierung den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) auf eine rechtliche Grundlage stellen will, die Mobilität von Auszubildenden erhöhen und mit der Ausweitung des Programms **Junges Wohnen** in Wohnheimplätze für Auszubildende und Studierende investieren will. Es ist auch richtig, den **Übergang zwischen Schule und Beruf** zu erleichtern. Positiv ist zudem die **Anhebung der BAföG-Sätze** zu sehen. Kritisch sehen wir, dass zur Anhebung der **Mindestausbildungsvergütung** und zur Situation von dual Studierenden nur Prüfaufträge verabredet wurden. Und die geplante Zerschlagung des Ministeriums für Bildung und Forschung halten wir für falsch.



starke Wirtschaft

Der Koalitionsvertrag beinhaltet grundsätzlich **kluge und vernünftige Pläne, um die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern**. Nicht alle davon überzeugen uns. In Summe liegt aber ein Paket auf dem Tisch, auf dessen Basis die Unternehmen jetzt investieren und damit für gute und sichere Jobs sorgen können. Die Zeiten des Gejammers sind vorbei! Wir erwarten von den Unternehmen und ihren Verbänden jetzt tatkräftiges Handeln, gerade vor dem Hintergrund der geopolitischen Lage.

Was Gewerkschaften seit langem fordern, wird endlich in Angriff genommen: **Das Sondervermögen über mehrere hundert Milliarden Euro ist ein wichtiger Schritt**, um die Modernisierung unserer Infrastruktur, Bildung, Wohnen und Krankenhäuser zu ermöglichen. Völlig unzureichend sind allerdings die **Entlastungen der Kommunen**, die als wichtige Auftraggeber von Investitionen viel zu kurz kommen.

Eine grundlegende **Reform der Schuldenbremse** ist weiterhin nötig, denn sie ist und bleibt eine Zukunftsbremse. Bis Ende des Jahres 2025 soll eine Expertenkommission diese Reform vorantreiben. Der DGB wird konstruktiv an dieser Aufgabe mitwirken.

Problematisch ist allerdings: Trotz Sondervermögen und Finanz-Reformen drängt die Koalition auf harte **Haushaltskürzungen** und erhebt diese zur grundsätzlichen und dauerhaften Aufgabe für alle staatlichen Ebenen. Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrags stehen unter **Finanzierungsvorbehalt**. Statt Steuerreformen zur dauerhaften Stärkung der öffentlichen Einnahmebasis umzusetzen und **hohe Einkommen und Vermögen** zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen, soll bei Bürgergeld, öffentlichem Personal, Förderprogrammen und internationalen freiwilligen Zahlungen gekürzt werden. Gerade Kürzungen beim Personal im öffentlichen Dienst unter dem Deckmantel der „Entbürokratisierung“ können schnell kontraproduktiv wirken, wenn es um Planungsbeschleunigung geht und darum, Investitionen „auf die Straße“ zu bekommen.

Parallel zu den Ausgabenkürzungen will die Koalition Maßnahmen umsetzen, die weitere Löcher in die öffentlichen Haushalte reißen werden, zum Beispiel die Umsatzsteuer-Senkung in der Gastronomie und die Agrardieselsubvention. Dass der **Solidaritätszuschlag** unverändert bestehen bleibt, ist vor dem Hintergrund vorheriger Debatten allerdings zu begrüßen. Die geplante steuerliche Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen ist richtig, sie soll allerdings erst zur Mitte der Legislatur umgesetzt werden.

Die Maßnahmen zur **Entlastung von Verbraucher*innen und Unternehmen** bei den **Energiepreisen** sind ein wichtiger Schritt, um private Haushalte zu unterstützen und die Wirtschaft anzukurbeln. Positiv sehen wir die **Absenkung der Strompreise, der Stromsteuer und die Deckelung der Netzentgelte**.

Es ist gut, dass sich die Bundesregierung zu den **deutschen und den europäischen Klimazielen** bekennt. Die Mobilitätswende wird allerdings nicht entschieden genug als gesamtstrategische Aufgabe formuliert. Verlagerungsziele auf die Schiene wurden aufgegeben, der ÖPNV bleibt unterfinanziert. Positiv ist der **integrierte Erhalt der Deutschen Bahn AG**, ebenso der preisstabile Erhalt des **Deutschland-Tickets** bis 2029.



Soziale Sicherheit

Die **Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2031** ist einerseits ein echter **Erfolg**, weil damit eine zentrale Forderung des DGB erfüllt wird – andererseits ist es nicht der erhoffte ganz große Durchbruch, da die dauerhafte Stabilisierung nicht vereinbart wurde. Gut ist, dass die Mehrkosten steuerfinanziert werden und damit keine Beitragssatzwirkung entfalten.

Es ist enttäuschend, dass die Regierung versäumt hat, eine **nachhaltige Lösung für die stabile Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und der Pflege** zu finden und das Problem weiterhin auf die Zukunft verschiebt. Die vorgeschlagene Kommission zur Prüfung der Maßnahmen und Gesundheitswirkungen ist zwar gut, aber die nötigen Lösungen sind längst bekannt. **Die Finanzierung der gesetzlichen Kranken- wie der Pflegeversicherung muss anders organisiert werden.**

Die Vorschläge zur **Krankenhausreform sind positiv und stimmen mit unseren Forderungen überein**. Besonders erfreulich ist die hälftige Finanzierung des Transformationsfonds für die Krankenhausreform aus dem Sondervermögen Infrastruktur und nicht aus den Beitragsmitteln der gesetzlichen Krankenversicherung. Auch die Ausnahmen und erweiterten Kooperationen für die Grundversorgung und Notfallversorgung im ländlichen Raum sind ein guter Schritt, um die Gesundheitsversorgung in unterversorgten Regionen zu sichern.

Es ist fatal, dass die künftige Regierung die **fortschrittlichen Reformelemente des Bürgergeldgesetzes wieder zurücknehmen will**. Auch die Abschaffung der Karenzzeit für eigenes Vermögen und die Einschränkungen bei

den Wohnungskosten **schwächen das sozialstaatliche Sicherheitsversprechen, was besonders für von Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte existenzgefährdend ist**. Kritisch sehen wir zudem die Verschärfung der Sanktionen. Aber auch die neue Bundesregierung wird die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts beachten müssen, das sehr hohe Hürden für Kürzungen über 30 Prozent aufgestellt hat. Wir fordern, dass Arbeitsfördermaßnahmen nach individuellem Bedarf eingesetzt werden und dass das Nachholen von Berufsabschlüssen weiterhin Priorität hat.

Beim wichtigen Thema **Wohnen** begrüßen wir die **Verlängerung der Mietpreisbremse um vier Jahre** und setzen darauf, dass sie so schnell wie möglich erfolgt. Weitere Begrenzungen für Mieterhöhungen bleiben aber notwendig. Die umstrittenen Indexmieten werden nicht verboten, sollen aber in angespannten Wohnungsmärkten strenger reguliert werden.

Die angekündigte Aufstockung der **Mittel für den sozialen Wohnungsbau** ist grundsätzlich gut. Der Einführung eines „Wohnungsbau-Turbos“ stehen wir weiterhin kritisch gegenüber, da zu befürchten ist, dass auf diese Weise Beteiligungsverfahren sowie soziale und ökologische Anforderungen umgangen werden und das Bauen auf der „grünen Wiese“ gefördert werden könnte. Eine Stärkung des Vorkaufsrechts für Kommunen bei Schrottimmobilien und in Milieuschutzgebieten sowie die Eindämmung von Share Deals sind weitere wichtige Maßnahmen, um die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhöhen und Spekulation mit Immobilien und Boden einzudämmen.

Zusätzlich zu den Maßnahmen in einzelnen Politikbereichen sind im Koalitionsvertrag eine Vielzahl von **Kommissionen** aufgelistet, die wichtige **Zukunftsthemen** bearbeiten sollen, so z.B. die Zukunft des Sozialstaates. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich aktiv in die Arbeit dieser Kommissionen einbringen und insgesamt sehr genau die Umsetzung der verabredeten Maßnahmen beobachten. Es darf nicht sein, dass mit dem Hinweis auf Haushaltskonsolidierung sozialer Kahlschlag verübt oder im Vertrag beschriebene richtige Projekte nicht umgesetzt werden. Auch die drohende **Selbstbeschäftigung** wegen neuer Ressortzuschnitte oder des angekündigten Stellenabbaus beurteilen wir sehr kritisch. Die Bundesregierung muss jetzt handeln – für Gute Arbeit, eine starke Wirtschaft und soziale Sicherheit!